

BUCHBESPRECHUNGEN

KONRAD ADENAUER

ERINNERUNGEN 1945—1953

ERINNERUNGEN 1953—1955

Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1965 bzw. 1966. 589 bzw. 556 S., Ln. je 24,80 DM.

Wollte man Konrad Adenauer mit der Elle des großen Memoirenschreibers messen, so hielte er kaum einem Vergleich mit den Klassikern politischer Memoiren, mit *Bismarck*, *Churchill* oder *de Gaulle* stand; aber auch an politische Altersgenossen von weit einfacherer Herkunft, wie etwa an *Paul Lobe* und *Carl Severing*, reicht er als politischer Selbstbiograph nicht heran. Sowohl der erste als auch der vor kurzem erschienene zweite Band seiner Erinnerungen mutet mitunter wie die willkürliche Zusammenstückelung und die dürftige Kommentierung von Briefen, Protokollen und Zeitungsausschnitten an, so daß man sich fragt: Was soll eigentlich noch der angekündigte besondere Dokumentenband?

Trotzdem: Jeder, der Adenauer als Menschen und Politiker verstehen will, sollte seine Erinnerungen lesen. Selten wurden die tieferen Hintergründe der konservativen Skepsis gegen den Intellekt deutlicher aufgezeigt als in dem geflügelten Wort in der Einführung des I. Bandes: „Ein langes Leben gibt den Menschen die Möglichkeit, Erfahrungen zu sammeln. Erfahrung kann eine Führerin des Denkens und des Handelns sein, die durch nichts zu ersetzen ist, auch nicht durch angeborenen Intellekt.“ (I, S. 13)

Wer die Unbeweglichkeit und Inaktivität Adenauers in der Wiedervereinigungspolitik verstehen will, der muß sich Adenauers Notiz über ein Gespräch, das er am 5. Oktober 1945 mit Korrespondenten von *News Chronicle* und *Associated Press* führte, vor Augen halten: „Der von Rußland besetzte Teil sei für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren“ (I, S. 35). In demselben Gespräch (das — wohlgemerkt — zu einer Zeit stattfand, als die demokratischen Parteien in der SBZ, wie SPD, CDU und LDP, noch nicht verboten oder gleichgeschaltet waren) führte Adenauer als

Argument gegen die Abtrennung eines Rhein-Ruhr-Staates ins Feld: „Die drei zerschnittenen Teile der nicht russisch besetzten Zonen würden schon automatisch nach Wiedervereinigung mit diesem russisch besetzten alten Reich streben. Man kehre ihr Gesicht geradezu nach dem Osten, nicht nach dem Westen.“ (I, S. 35) Und in einem Schreiben an den Duisburger Oberbürgermeister *Weitz* vom 31. Oktober 1945 erklärte Adenauer: „Damit ist die Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache.“ (I, S. 39.)

Adenauers Wiedervereinigungspolitik, die keine war, wird von ihm schonungslos im II. Band seiner Erinnerungen bloßgelegt. Es kam ihm kaum der Gedanke in den Sinn, daß die UdSSR etwa wegen der von ihm gepriesenen Konsolidierung des Westens ihre Haltung in der deutschen Frage ändern oder daß sie etwa durch ein Angebot der Westintegration als Kompensationsobjekt für die deutsche Wiedervereinigung zu einer Änderung ihrer Position bewegt werden könne. Die sowjetischen Vorschläge betrachtete er fast stets nur als „scheinbare Konzessionen“ (II, S. 70).

Das Verhalten der UdSSR bei der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages „beruhte auf einer sehr geschickten Taktik“ (II, S. 441 f.) und ihr verändertes Verhalten gegenüber Jugoslawien war ein „weiterer kluger Schachzug“ (S. 442).

Nur zweimal wird die starre Maginot-Linie ein wenig abgeschliffen. Einmal attestiert er den Nachfolgern Stalins eine „verbindlichere Haltung“, „offensichtlich von der Notwendigkeit diktiert, daß sich zunächst die Nachfolge Stalins innenpolitisch festigen mußte“ (II, S. 202). Es erscheint allerdings unverständlich, warum dann Adenauer drei Seiten weiter sein Torpedo gegen Churchills vernünftigen Vorschlag vom 11. Mai 1953, eine Viererkonferenz auf höchster Ebene einzuberufen, damit motiviert, daß noch nichts „wahrzunehmen war, was einen Erfolg einer solchen Viererkonferenz wahrscheinlich oder auch nur möglich erscheinen ließ“ (II, S. 205).

Und ziemlich am Schluß, bei der Darstellung der Moskauer-Reise, die zur Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen führte, schreibt Adenauer recht versöhnlich: „Hinsichtlich des ‚Ehrenwortes‘ hatte ich die feste Überzeugung, daß es *Bulganin* und *Chruschtschow* wirklich ernst war. Ich zweifelte keinen Augenblick an ihrem Wort“ (II, S. 546). „Die Russen haben ihr Wort gehalten und das ganze Abkommen genau erfüllt“ (II, S. 551).

Es wäre Aufgabe eines Historikers, Überlegungen darüber anzustellen, ob die UdSSR — bei einer ebenso klugen Haltung von Seiten der BRD, wie sie Adenauer und insbesondere *Carlo Schmid* gegenüber den führenden Männern des Kreml im Herbst 1955 gezeigt hatten — nicht gegebenenfalls zu größeren Kon-

zessionen als in der Kriegsgefangenenfrage bereit gewesen wäre (zweifelsohne nicht aus purer Menschlichkeit, sondern aus sehr nüchternen realpolitischen Überlegungen).

Adenauer war wohl stets darauf bedacht, das Dekors der Wiedervereinigungspolitik zu wahren. Nach der Stalin-Note vom 10. März 1952 wollte er zwar keine Viermächte-Konferenz. Aber ein hundertprozentiges „Nein“ auf die Note wünschte er auch nicht, denn: „Die Antwortnote der Alliierten dürfe auf keinen Fall den Eindruck erwecken, als ob womöglich für eine Wiedervereinigung kein Interesse bestehe“ (II, S. 75). Die Erinnerungen lassen keinen Zweifel daran, daß Adenauer der Westintegration nicht nur einen temporären, sondern einen qualitativen und unbedingten Vorrang vor der deutschen Wiedervereinigung gab.

Adenauer nahm es auch nicht besonders ernst mit jenem (auf Intervention von CDU/CSU-Fraktionschef *v. Brentano* und FDP-Vizekanzler *Blücher* eingefügten) Passus im Deutschlandvertrag, wonach ein wiedervereinigtes Deutschland außenpolitische Handlungsfreiheit besitzen solle: „Die von *Mendes-France* aufgeworfene Frage jedoch, ob nicht das künftige wiedervereinigte Deutschland diese Verhandlungsfreiheit dazu benutzen würde, um aus dem europäischen Verteidigungsvertrag auszuscheiden, beurteilte ich als eine weitgehend akademische Frage. Als praktischer Politiker kam mir diese Frage recht unwirklich vor. Ich sah keinerlei Anhaltspunkt dafür, daß ein gesamtdeutscher Staat jemals den Wunsch haben könnte, von seinem juristischen Recht des Rücktritts Gebrauch zu machen“ (II, S. 284).

Auch andere Überlegungen und Vorschläge Adenauers waren kaum der Wiedervereinigung dienlich. So identifizierte er ziemlich leichtfertig die BRD mit dem Deutschen Reich: „Die Bundesrepublik ist mit dem Deutschen Reich nach dem Stand des Jahres 1937 identisch, darüber kann kein Zweifel bestehen“ (II, S. 171). „Es war ebenfalls nur eine akademische Vorstellung, Gesamtdeutschland sei etwas völlig Neues. Die Bundesrepublik und Westberlin würden drei Viertel dieses Gesamtdeutschlands ausmachen, und von den Deutschen in der sowjetisch-besetzten Zone war zu sagen, daß sie dachten und fühlten wie wir“ (II, S. 284).

Aus den Erinnerungen wird auch ersichtlich, daß Adenauers Politik weitgehend von der fatalen Illusion bestimmt war, die Sowjetunion müsse eines Tages kapitulieren (wenn nicht diese Illusion ein propagandistischer Vorwand gewesen ist). An verschiedenen Stellen wird die verhängnisvolle Legende von Professor *Starlinger* (die auch zeitweise von Minister *Oberländer* gestützt wurde) wiedergegeben: „Meine Hoffnung war, die Sowjetunion werde eines Tages einsehen: Alles zusammen können wir nicht machen. Meine Hoffnung war, sie werde dann ihre Kräfte auf die Auseinandersetzung

mit den Chinesen konzentrieren und Europa in Ruhe lassen. Auf diese Entscheidung mußte gewartet werden" (II, S. 88). „Ich nahm an, daß es (Sowjetrußland) sich eines Tages mit Europa und den Vereinigten Staaten verständigen werde, um sich gegenüber Rotchina halten zu können. Auf diese Entwicklung mußten wir Europäer geduldig warten" (II, S. 203).

Ein ander Mal spekulierte Adenauer darauf, „daß die Sowjetunion eines Tages durch ihre inneren Schwierigkeiten gezwungen sein würde, ihre Politik gegenüber dem Westen zu ändern" (II, S. 452). Welche skurrilen Blüten die maßgeblich von Adenauer bestimmte „Politik der Stärke" getrieben hatte, geht aus einer Äußerung von *John Foster Dulles* hervor, der Adenauer zustimmte: „Dulles verglich die Lage mit einem Boxkampf. Der Gegner sei schon groggy, hänge in den Seilen und warte nur noch darauf, daß der Gong das Ende der Runde ankündige" (II, S. 458). Aus den Erinnerungen wird auch Adenauers Voreingenommenheit gegenüber ihm wesensfremden Menschen ersichtlich, insbesondere aus seinen Äußerungen über den zum Prügelknaben auserkorenen französischen Ministerpräsidenten *Mendes-France*: „Gegen *Mendes-France* war ich mit tiefer Bitterkeit erfüllt." (II, S. 307.) Dem amerikanischen Außenminister *Dulles* empfahl er nach der Ablehnung des EVG-Vertrages durch die französische Nationalversammlung wirtschaftliche Sanktionen gegen das von *Mendes-France* regierte Frankreich: „Man müsse den Hahn etwas zudrehen, dürfe ihn jedoch nicht abstellen. Frankreich dürfe nicht denken, daß die Abstimmung in der Nationalversammlung ohne Folgen bleibe. Es müsse zu der Überzeugung gelangen, daß die Vereinigten Staaten es ernst meinten" (II, S. 309).

So bieten Adenauers Erinnerungen insgesamt eine ebenso eindrucksvolle wie erschütternde Bilanz der verfehlten westdeutschen Politik nach dem zweiten Weltkrieg.

Giselher Schmidt

FRANZ JOSEF STRAUSS ENTWURF FÜR EUROPA

Seewald Verlag, Stuttgart 1966. 164 S., Ln. 12,80 DM.

Wenn das Zwar-Aber das Kennzeichen einer erfolgreichen politischen Aussage, wenn der prinzipientreue Pragmatiker zum berufenen Interpreten zukunftsweisender deutscher Politik bestimmt ist, so zeigt sich der neue Finanzminister beidem gewachsen. Denn ein „Entwurf" kann sich einer machtpolitisch erwünschten „Neuorientierung" geschmeidiger anpassen als ein Programm, das eine politische Potenz (wie sie in dem Fall und Wiederaufstieg des Franz Josef Strauß zum Ausdruck kommt) an mehr oder — wie der Rezensent meint — weniger eindeutige Aussagen binden könnte. Zwar

ist (war) der prinzipielle Strauß gegen eine Große Koalition in Bonn, denn wenn 90 vH der Abgeordneten zur Regierung gehören, „dann wird eine Opposition völlig sinnlos", aber der auf Rehabilitation bedachte pragmatische Parteichef möchte doch „einige notwendige Reformen durchführen", die nicht möglich sind „ohne die Einwilligung (!) der Sozialdemokraten".

Für die Notstandsgesetzgebung, die „Inangriffnahme eines Friedensvertrages", eine Verwaltungs- und Finanzreform, eine Wahlrechtsreform usw. reicht heute also — dem Gedankengang des Autors folgend — eine völlig sinnlose Opposition aus, die auch nicht in der Lage ist, den „großen Entwurf einer deutschen Europapolitik" zu stören, einer Politik also, die in der „Europäisierung der deutschen Frage" den „Schlüssel für die Wiedervereinigung" sieht. Denn: „Weder in Moskau, noch in Warschau oder in Pankow liegt für uns ein Schlüssel zur Wiedervereinigung" bereit." Oberhaupt kann „einzig mit einem Osteuropa, in dem alle Nationen das Selbstbestimmungsrecht besitzen" über „das Heimatrecht der Deutschen gesprochen werden". Der CSU-Politiker will aber Schluß mit einer „allgemeinen Proklamation verschwommener Idealvorstellungen" machen und fordert daher — „Ich bin beileibe kein Utopist" — eine „europäische Vorwärtsstrategie", die „auf die Wiederherstellung der historischen Einheit Europas" hinarbeiten muß. (FJS bleibt die Antwort schuldig, wann und wie diese Idylle bestand.) Neo-Roll-Back oder: „Keinesfalls dürfen wir einfach erklären, der kalte Krieg sei nun vorüber."

Dieses strategische Ziel fixiert Strauß so: die „Einflüsse der sowjetischen Politik" zurückdrängen, damit sie „ihre Wirkungskraft" einbüßt; ein „Europa zu schaffen, das eine Rolle in der Welt spielen kann"; ein „geeintes Westeuropa soll die Vorstufe zu den Vereinigten Staaten von Europa sein", zu dem Strauß „auch alle Völker Mittel- und Osteuropas rechnen möchte" (selbstverständlich unter Ausschluß der „eurasischen Sowjetunion"), um „ein Übergewicht der freien Gesellschaft" zu sichern.

Mit einer solchen „geschlossenen politischen Konzeption, die uns ein zielbewußtes Spiel mit verteilten Rollen gestattet", kann nicht nur einer „Auflockerung gegenüber dem Osten" (an anderer Stelle die peinliche Wortwahl „einer umfassenden Befriedung") Rechnung getragen, sondern auch erreicht werden, daß die europäische Politik „nicht länger mehr eine Funktion der amerikanischen Sicherheitspolitik" bleibt.

Nun gibt es ja heute etwas, was nach Strauß „als ‚Entspannungspolitik' formuliert wird", also „die gegenseitige Garantie (USA — Sowjetunion) des Status quo innerhalb Europas". Für FJS eine echte Gefahr, die er im Namen der Bundesrepublik erkennt: „Angesichts dieser prekären Situation, in die uns die offensive

Koexistenz-Politik der Sowjets hineintreiben (!) möchte, müssen wir aktiv werden." Und daher: „Unsere Pflicht als Deutsche und Europäer ist es, den amerikanischen Partner (den man vorläufig noch braucht) aus dieser Zwangslage zu erlösen." Na, bitte. Folgt — in Abwandlung eines inneramerikanischen Kalenderspruchs —: „Was gut ist für die politische Konsolidierung und Eigenständigkeit Europas, ist auch gut für die Vereinigten Staaten von Amerika!*"

Da dies die Amerikaner nicht einsehen wollen oder können, „weil eine gewisse Interessenidentität der beiden Weltmächte" besteht, die „nicht allzuviel Rücksichtnahme auf den Rest der Menschheit zuläßt" (Strauß verallgemeinert hier ein bißchen seine eigene Besorgnis), verpflichtet er eine politische Völkergemeinschaft, deren Entstehung nicht „auf dem evolutionären Wege wirtschaftlichen Zusammenwachsens" abgewartet werden soll; es ist vielmehr die vorrangige Aufgabe der Europäer (Strauß meint Franzosen und Bundesdeutsche), „eine Identität ihrer nationalen Interessen" herzustellen, um die „Position einer eigenständigen Macht zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion" einzunehmen, Europa — Verbeugung vor *de Gaulle* — als „Element des Ausgleichs".

Was soll aber dann der Wunsch nach einer „westeuropäischen Aktionsgemeinschaft gegenüber dem Osten", einer Neuaufgabe der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), der sich anfangs „nicht alle westeuropäischen (!) NATO-Staaten ... anschließen könnten oder wollten". Dieser „Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma der NATO" ist für Strauß die „Lösung, die der Bundesrepublik die wirkliche Gleichberechtigung mit vergleichbaren Partnern bringt, nämlich ein europäisches Atomwaffenpotential unter Kontrolle und Verfügungsgewalt einer europäischen Regierung". Denn — so an anderer Stelle — Deutschland kann auf, die Dauer nicht „wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg" sein; deshalb „braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen". Folgerichtig polemisiert Strauß gegen einen Atomwaffen-Sperrvertrag, „durch den der Status quo in Europa zementiert und weitgehend legalisiert (!) würde". Ein von dem Ex-Verteidigungsminister gefordertes „militärisch eigenständiges" Europa wird über „taktische sowie strategische Atomwaffen verfügen müssen". Dieser indirekten Atombewaffnung der Bundesrepublik könnten die USA — freundlicherweise — Unterstützung geben, indem sie „beispielsweise" (d. h. vorerst) Frankreich und England „technische Kenntnisse anbieten", um deren Atompotential zu vervollständigen.

Und jetzt kann man auch verstehen, warum der Autor die *de Gaullesche* Konzeption eines Europa der Vaterländer nur als ein Zwischenstadium zu dem von ihm gewünschten „euro-

päischen Europa" sehen will, denn die „*force de frappe*" verspricht wiederum nur eine Atompatronage „und wir (d. h. Strauß) sicher nicht bereit sind, die amerikanische Atompatronage gegen eine französische einzutauschen". Diesen Entwurf für ein atombewaffnetes Europa (= Bundesrepublik u. a. m.) dürfte der Europaplaner vorläufig nicht verwirklichen können; die Regierungserklärung *Kiesingers* widerspiegelte nicht einmal Ansätze dieser Konzeption, und der neue *Außenminister* kündete vor der Westeuropäischen Union (WEU) vom Ende der deutschen Atom-Ambitionen. Was bleibt, ist der hochinteressante, lesenswerte — nicht überzeugende — Versuch eines wiedererstarkten Mannes (schriftstellerisch), dem abgehenden Europazug doch noch einen westdeutschen Atomwagen anzuhängen. Das gefährliche Gut wurde hinter zum Teil akzeptierbaren Aphorismen getarnt, die die nationale Handschrift als europäisches Begleitpapier aufbereiteten. Die außerdeutschen Fahrpläne wurden widerspruchsvoll beiseitegeschoben; ein so belasteter Zug überfährt die internationalen Haltesignale und muß — soll es keinen Zusammenstoß geben — vorher entgleisen.

Dieter Kuhr

JAN MYRDAL

BERICHT AUS EINEM CHINESISCHEN DORF

Aus dem Schwedischen übersetzt von Gustav Adolf Modersohn. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1966. 376 S., Ln. 24,80 DM.

Der junge schwedische Schriftsteller und Soziologe Jan Myrdal gibt Bericht über eine originelle Untersuchung. Er hat, mit Genehmigung der Behörden der Volksrepublik China, zusammen mit seiner Frau, einer Fotografin, die einige vorzügliche Aufnahmen von Menschen und Landschaften beisteuert, ein Bauerndorf in einer eher armen und wenig fruchtbaren Gegend Zentralchinas mehrere Wochen lang unbeaufsichtigt besucht und die menschliche und ökonomische Struktur dieses einen Dorfes, das zum großen Teil aus in die Lößabhänge eines Tales gegrabenen Höhlen besteht, genau und geduldig erforscht.

Er ist dabei so zu Werke gegangen, daß er sich von den Bewohnern des Dorfes, Alten, Jungen, Männern, Frauen, Lehrern, Funktionären der Kommune usw. ihre Jugend, ihr privates Schicksal, ihr Familienleben, ihre Tätigkeit und Funktion sowohl aus der Zeit der Kuomintang, des japanischen Krieges, des Bürgerkrieges, des Sieges, der Revolution wie der Zeit nachher erzählen ließ und dies mit aller Ausführlichkeit niederschrieb. Wichtig sind ihm dabei besonders das Leben der Menschen und die Struktur der landwirtschaftlichen Produktion, zuerst in den nach Ver-

treibung der Grundbesitzer gebildeten Genossenschaften wie in der 1958 gegründeten Kommune. Die Erzählung jedes einzelnen Dorfbewohners ist ergänzt durch die Meinung, die die dörfliche Umwelt über den Erzähler hat: „Was die Leute im Dorf über Fu-Fang-Lan sagen.“

Außer diesen Lebensberichten gibt Myrdal umfangreiche, übersichtliche zahlenmäßige Darstellungen über die Landwirtschaft des Dorfes, den Bestand an Geräten, die Entwicklung der Produktion und der Preise aus den Jahren seit 1949, über die Beziehungen zu den staatlichen Behörden und über die Ablieferung und den Verkauf der Produkte, über den Tageslauf und die Feldbestellung, alles mit großer Geduld und Sympathie für die Menschen des Dorfes zusammengetragen.

Es ist natürlich schwer zu beurteilen, was bei der Übertragung der Vorstellungen und Begriffe aus dieser uns so fremden Welt in die unsere auf der Strecke bleibt. Aber der Weg Myrdals dürfte doch eine genauere, konkretere, wenn auch nur partielle, Kenntnis von dem neuen China vermitteln als alles, was man bisher von reisenden Beobachtern lesen konnte, erst recht als alles, was man gemeinhin von den um China herum, in Hongkong, Formosa oder Japan, postierten Berichterstatern und Nachrichtensammlern vorgesetzt bekommt. Vor allem gewinnt man eine Vorstellung oder doch eine Ahnung davon, wie elend, gedrückt, von Hungersnöten ständig bedroht die Bewohner des Landes früher gelebt haben, ohne Zugang zu Bildung und Fortschritt; an der alten Kultur Chinas nur durch eine strenge, reaktionäre, bis ins kleinste gehende Sitte teilhabend.

Besonders interessant und wichtig ist das, was man über die Stellung und die Emanzipation der Frau auf dem Lande erfährt. An die 32jährige Li-Kuei-Ying, die Schule und Parteischule besuchen konnte, begabt ist und nun eine gewisse Autorität hat, bringen die anderen Frauen ihre Sorgen heran. Die 18jährige Tuan-Ai-Chen verliebt sich in einen armen Jungen aus dem Nachbardorf und möchte ihn heiraten: „Eines Abends kam Tuan-Ai-Chen weinend und jammernd zu mir. Ich folgte ihr zu ihrer Höhle und sprach mit den Eltern. Ich sagte zu ihnen: ‚Ihr habt kein Recht, Eure Tochter am Heiraten zu hindern, das wißt Ihr doch wohl? Kaufehen sind in unserer neuen Gesellschaftsordnung nicht mehr zugelassen. Es ist verbrecherisch, seine Tochter zu verkaufen. Früher konnte man seine Tochter wie ein Stück Vieh verschachern, aber das geht nicht mehr!‘ Ich erinnerte sie daran, was früher alles passiert war: Mädchen, die sich im Brunnen ertränkt oder sich aufgehängt hatten und all das Unglück, das die käufliche Ehe mit sich gebracht hatte. Zu Anfang suchte der Vater mir zu widersprechen. Er sagte: ‚Ich selber habe teuer für meine Frau bezahlen müssen. Ich habe doch meiner Tochter Essen

und Kleidung gegeben, habe sie großgezogen, und nun will sie einfach davongehen. Das ist nicht recht... Ich muß etwas von all den Geldern, die ich ausgelegt habe, zurückbekommen. Wenn sie sich in einen Mann verliebt, der nicht zurückzahlen kann, was sie gekostet hat, so ist es ein Unrecht, wenn sie heiratet.“ Schließlich geben die Eltern nach, wie sie natürlich bei der Verheiratung ihrer Söhne ohne weiteres von der alten Sitte abzugehen bereit sind, denn alsdann brauchen sie für die Schwiegertochter nichts mehr zu bezahlen.

Am ergiebigsten sind für uns Europäer die Lebensgeschichten der Menschen, die durch ihr Schicksal, ihre Bildung, ihre Funktion und Begabung mit einer weiteren Umwelt und mit der städtischen Kultur in Berührung gekommen sind. Man erkennt, wie schwierig es ist, Werturteile, politische Meinungen oder gar Prognosen über das neue China zu wagen. Der Weg über den einzelnen Menschen, den Myrdal einschlägt, ist wohl der, der am wenigsten in die Irre führt. *Dr. Richard Schmid*

ORTWEIN KIRCHMAYR

DIE WEISSEN RIESEN

Söldner im Kongo. Ein Bericht. Verlag Fritz Molden, Wien 1966. 352 S., Ln. 23,50 DM.

Um es gleich vorwegzunehmen: ein ganz abscheuliches Buch! Der Autor, der nach „schulischen Niederlagen“, wie es im Klappentext heißt, in den verschiedensten Ländern ein Abenteuerleben geführt und dies in Reportagen ausgewertet hat, war selbst einige Monate lang Angehöriger von Herrn *Tschombes* weißer Söldnertruppe, da er sonst nicht in die Kampfzone hätte eindringen können. Und nun schildert er das Leben und Kämpfen dieser modernen Landsknechte, die ohne Krieg nicht leben können, von Kontinent zu Kontinent ziehen und sich jedem für teures Geld plus Gefahrenzulage verkaufen, der sie bezahlen und gebrauchen kann.

Diese gewerbsmäßigen Mordbuben, die sich von den im Bandenkrieg der Gangster zur Erledigung unbequemer Konkurrenz angeheuerten „tueurs à gages“ nur durch die Uniform unterscheiden, gestern im Kongo und heute womöglich in Vietnam ihr trauriges Handwerk betreiben, hat Kirchmayr — dies ist der einzige Vorzug seines Buches — wirklich realistisch, mit photographischer Treue dargestellt. Nichts bleibt dem Leser erspart, nicht der Unflat ihrer Gespräche und ihre ewige Besoffenheit noch ihre kaltblütige Grausamkeit und ihre Verachtung für die schwarzen Völker Afrikas, die zuweilen in fanatischen Haß umschlägt. Wir glauben dem Autor gern, daß diese Söldnertruppe von Offizieren geführt wird, die ruhig zielend einen Schwarzen nach dem anderen niederknallen und dazu von Zeit

zu Zeit gemütlich einen Schluck Whisky trinken.

Das Schlimmste: Kirchmayr identifiziert sich unverkennbar mit den zentralen Figuren seines Berichts, der in etwas primitiver Rückblendetechnik im wesentlichen zwei Kampfepisoden im Urwald schildert. Das totale Unverständnis für die Probleme des erwachenden Afrika, die Parteinahme für den grobklotzigen Rassismus und Kolonialismus, die Tatsache, daß alle diese Greuel auch nicht ein einziges Mal anders gesehen werden als aus der Perspektive verrohter Landsknechte, das läßt das Buch zu einer unverhohlenen Propaganda für alle Unmenschlichkeit werden.

Walter Gyssling

RENÉ KÖNIG

SOZIOLOGISCHE ORIENTIERUNGEN

Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln—Berlin 1965, 575 S., Ln. 29,80 DM.

Es ist eine alte Streitfrage, ob das Popularisieren wissenschaftlicher Erkenntnisse — falls man dieses überhaupt als tunlich erachtet — den Wissenschaftlern selbst vorbehalten bleiben oder Laien anvertraut werden soll. Das Problem ist wohl nicht durch eine verbindliche Regel, sondern nur von Fall zu Fall zu lösen. Es gibt nicht wenige Wissenschaftler, die schlechthin unfähig sind, sich allgemeinverständlich auszudrücken, und es gibt nicht wenige Laien, die sich zwar zum Popularisieren berufen glauben, denen aber doch die nötige Sachkenntnis und wissenschaftliche Gründlichkeit fehlt, um ein unverfälschtes Bild ihres Gegenstandes entwerfen zu können. Jedenfalls ist das Popularisieren eine Kunst für sich, deren Muse sich im allgemeinen recht spröde zeigt.

Aber Ausnahmen bestätigen die Regel. Wer die Sammlung von Vorträgen und Aufsätzen zur Hand nimmt, die der Ordinarius für Soziologie an der Universität Köln, Professor Rene König, unter dem Titel „Soziologische Orientierungen“ herausgegeben hat, der muß dem Verfasser attestieren, daß er die Kunst des Popularisierens ebensogut beherrscht wie diejenige der strengen Wissenschaft. Denn das Popularisieren soziologischer Erkenntnisse mit Hilfe von Massenmedien war und ist der erklärte Zweck dieser Vorträge und Publikationen. Es geht König darum, die Öffentlichkeit über bestehende Probleme zu orientieren, die für die Soziologie von zentraler Bedeutung sind. Aber keineswegs nur um einer Verbreitung von Bildung und Wissen willen. Soziologie kann sich ja nicht nur als eine analytische Wissenschaft verstehen, die bloß die Strukturen der Gesellschaft zu erkennen und zu beschreiben versucht; befindet diese Gesellschaft sich doch in einem permanenten Wandel, der vom Soziologen immer neue Auseinandersetzungen fordert.

Sichauseinandersetzen aber heißt Stellungnehmen. Der Soziologe ist immer engagiert, auch dann, wenn er an die Möglichkeit einer sogenannten wertfreien Erkenntnis gesellschaftlicher Gegebenheiten glaubt. So kann man es denn nicht genug begrüßen, daß König sich mit dem ihm eigenen Temperament offen zu dieser Engagiertheit bekennt. Seine Schrift ist eine Kampfschrift. Es geht ihr um „die Entlarvung einer ganzen Gattung von Literatur, die man gemeinhin als Kulturkritik bezeichnet“. König erklärt es als „offene Absicht unserer mehr populären Publizistik, diese Kulturkritik, wo immer sie sich eingenistet hat, auszuräuchern, zu demaskieren als das, was sie ist: ein Versuch von Menschen, die in unserer Gegenwart nicht zu Hause sind, diese Gegenwart durch Anlegung eines Wertmaßstabes zu entwerten, der in Wahrheit — jeglicher Substanz ermangelt“.

Welches ist das Ziel dieser angriffigen Kritik an der Kulturkritik? Lohnt sich soviel soziologischer Aufwand überhaupt? König meint, eine solche Frage lasse sich leicht mit dem Hinweis auf den verkappt reaktionären Charakter der Kulturkritik beantworten, da diese den Menschen in den modernen Massendemokratien das Selbstvertrauen zu nehmen suche, um damit antidemokratische Maßnahmen zu rechtfertigen. Dem Verfasser sei „die Bejahung dieser Welt, in der er aufgewachsen ist und in der er sich zutiefst zu Hause fühlt“ eine Selbstverständlichkeit wie das Atmen. Seine fundamentale Wertentscheidung nennt er den Kampf für einen aktiven und realistischen Humanismus. Dabei halte er sich fern von jenem unrealistischen Traum eines unbegrenzten Glücks für alle, aber er sehe doch wohl die Möglichkeit einer Begrenzung des mit diesem Leben nun einmal unausweichlich gegebenen Leidens, vor allem desjenigen, das Menschen von Menschen zugefügt wird.

Wer möchte dem nicht zustimmen und eine so verstandene Soziologie — und deren Popularisierung — begrüßen? Freilich meldet sich ein Vorbehalt an: im Gegensatz zu dem glücklich zu preisenden Verfasser finden Allzuvielen sich heute in ihrer Welt keineswegs mehr zu Hause, sondern mehr oder weniger stark entfremdet. Eine Kritik an den Ursachen dieser Entfremdung ist nun aber nicht nur legitim und notwendig, sondern hat auch nichts zu tun mit der von König mit Recht angeprangerten reaktionären Kulturkritik. Recht verstanden ist sie eine Kritik nach vorne, die ihre Maßstäbe nicht in der Vergangenheit sucht, sondern im Gegenteil die brüchig gewordene Tradition der Werte und Ordnungen daraufhin untersucht, was an ihr überholt und was noch tragfest ist, um so für die Zukunft ein neues Fundament vorzubereiten. Es gibt auch einen Zukunftsoptimismus, der zerstörerisch sein kann, da er allzugerne Enttäuschungen

provoziert. König würde gegen diesen Hinweis wohl kaum Einwände erheben, aber um Mißverständnisse zu vermeiden wäre eine Berücksichtigung auch dieses Aspektes der Frage wünschenswert gewesen.

Einen Eindruck von der Reichhaltigkeit dieses Buches zu vermitteln ist hier kaum möglich. Es finden sich darin Aufsätze zu fast allen zentralen Problemen der heutigen Soziologie. Als besonders wertvoll für den Laien, der sich mit Gegenstand und Arbeitsweise der Soziologie erst noch vertraut machen muß, erscheinen uns die Betrachtungen „Der Mensch in der Sicht des Soziologen“ und „Die Grenzen der Soziologie“. Der eine Aufsatz räumt mit der Gegenüberstellung von Individuum und Gemeinschaft auf und begreift den Menschen als ein schon vor der Geburt — ja sogar vor der Zeugung — sozial geprägtes Wesen. Der andere erörtert die erkenntnistheoretischen Schwierigkeiten, die die Soziologie mit allen Wissenschaften teilt. Aber welches Thema er auch aufgreift — man spürt auf jeder Seite, die König schreibt, daß ihm — im Sinne jenes aktiven Humanismus, dem er sich verschrieben hat — der Mensch und seine Gesellschaft nicht bloß zu analysierende Objekte sind, sondern er sich ihnen gegenüber zu personaler Verantwortung verpflichtet weiß.

Dr. Arnold Künzli

JOACHIM HIRSCH DIE ÖFFENTLICHEN FUNKTIONEN DER GEWERKSCHAFTEN

Eine Untersuchung zur Autonomie sozialer Verbände in der modernen Verfassungsordnung. Frankfurter Studien zur Wissenschaft von der Politik, Band II. Klett-Verlag, Stuttgart 1966. 238 S., Linon 28,— DM.

Diese Untersuchung — eine Dissertation des Verfassers — setzt einige Kenntnisse des öffentlichen Rechts, insbesondere des Staatsrechts, voraus und verdient kritisch gelesen zu werden; sie zählt zu der Art von Büchern, die Zustimmung und Widerspruch zugleich hervorrufen. Ihr Vorzug beruht in dem eingehenden Nachweis, daß ebenso, wie das alte Zweiklassenmodell der Gesellschaft nicht mehr in der Realität existiert, sondern von einer pluralistischen Gesellschaftsstruktur abgelöst wurde, auch die klassische Gewaltenteilung aufgeweicht und der frühere Gegensatz von Staat und Gesellschaft überholt und von einer pluralistischen Verfassungsordnung abgelöst ist, in der sich Staat und Verbände gegenseitig durchdringen.

Hirsch betrachtet richtig die Gewerkschaften als „öffentliche Verbände“, wobei er für die Begriffsbestimmung des öffentlichen Verbandes für maßgebend hält, daß er 1. die *Macht* hat, „für das Gemeinwesen wichtige Entscheidungen in nennenswertem Umfang zu beeinflussen oder selbst zu treffen“ (S. 28) und 2. Soviel

Publizität besitzt, um öffentlicher Kritik zugänglich zu sein. Als „öffentliche Funktion“ bezeichnet er „die mit dem Streben nach Teilnahme oder Vermittlung von Teilnahme an der Gesamtordnung oder Teilen der Gesamtordnung verbundene Tätigkeit repräsentativer öffentlicher Verbände, im modernen Sozialstaat öffentlich kontrollierbare und insofern legitime Herrschaft auszuüben“ (S. 29). In den öffentlichen Funktionen der Verbände findet Hirsch das hervorstechendste Zeichen „einer zunehmenden Dezentralisation der Herrschaft im modernen Sozialstaat“.

Der Verfasser erkennt zwar, daß die Gewerkschaften in diesem System der Interessenverbände eine Sonderstellung haben, die er hauptsächlich auf ihre Größe und ideologische Basis sowie darauf zurückführt, daß sie bereits innerhalb ihrer Organisation einen Interessenausgleich wahrnehmen. Dennoch sieht er sie als „Vertreter von Sonderinteressen“ (S. 34) an, womit sie wesensmäßig im Gegensatz zu den Parteien stünden, denen er fälschlicherweise generell das Bestreben nach Gesamtintegration zuspricht, obwohl der Name „Partei“ seiner Herkunft nach nichts anderes als „Teil“ bedeutet. Sein Irrtum ist, wie der vieler anderer Staatsrechtler, nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß er den Gewerkschaften nur eine Ordnungs- und Integrationsfunktion zuspricht, aber die *Veränderungsfunktion* übersieht, die sie nach ihrem eigenen Programm wahrzunehmen haben und worin sie im Willen — aber nicht in den Methoden — mit den Parteien vergleichbar sind.

Hirsch schildert in seinem Buch sodann die Wege und Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Interessenwahrnehmung, die Schwerpunkte ihrer öffentlichen Funktionen (Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, öffentliche Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Mitwirkung bei der Verwaltung von Unternehmen) und die staatsrechtlichen Grundlagen dieser Funktionen. „Die Gewerkschaften sind Teil eines vielfältigen Systems von Interessengruppen, das zusammen mit den politischen Parteien und der staatlichen Bürokratie die Struktur der gegenwärtigen Verfassungsordnung bestimmt“ (S. 96). Für sich allein sei der Verbandspluralismus aber unfähig, eine umfassende Gleichheit und Gleichberechtigung der Staatsbürger durchzusetzen (S. 148). Für Entscheidungen, die Lebensinteressen des ganzen politischen Gemeinwesens wesentlich berühren, müsse daher der Staat, d. h. Parlament und Regierung, letztlich zuständig bleiben. In welcher Weise jedoch die Mitwirkung der Verbände an dem Gesamtwillensbildungsprozeß „rechtlich, institutionell und verfahrensmäßig gestaltet werden soll, ist zu großen Teilen noch offen“ (S. 149). Sehr richtig bemerkt der Verfasser, daß die Tendenz zur Pluralisierung und Dezentralisation der Herrschaft im modernen demokratischen Staat das Pro-

blem der innerverbandlichen Demokratie entscheidend in den Vordergrund rücke. „Die Ausübung öffentlicher Funktionen muß zwangsläufig auch die innere Struktur der Verbände zu einer Angelegenheit des öffentlichen Interesses machen“ (S. 151).

So fruchtbar vieles von dem ist, was Hirsch über die moderne Verfassungswirklichkeit ausführt, so anfechtbar sind die Ausführungen über das angebliche gewerkschaftliche Wollen und die gewerkschaftliche Willensbildung. Hirsch ist hier wie schon andere Außenstehende etwas zu stark dem Fehler unterlegen, Reden und Schriften einzelner Gewerkschafter zu einem Gesamtbild angeblichen gewerkschaftlichen Willens zusammenzufügen, das aber mit der durch Kongreßbeschlüsse und Grundsatzprogramm manifestierten Haltung der Gewerkschaften nicht oder nur teilweise übereinstimmt.

Für die Öffentlichkeit wie für Gewerkschaftsfunktionäre ist der umfassende Überblick, den Hirsch über die einzelnen Formen öffentlicher Funktionen der Gewerkschaften, insbesondere über ihre Mitwirkung in der staatlichen Verwaltung gibt, recht wertvoll.

Dr. Kurt Hirsche

CHARLOTTE BERADT

DAS DRITTE REICH DES TRAUMS

Nymphenburger Verlagsbandlung, München 1966. 152 S., 14,80 DM.

Haben wirklich die meisten Menschen in Deutschland nicht gewußt, was in der Nazizeit passiert ist, wie sie behaupten? Charlotte Beradt, bis 1939 in Deutschland, seitdem in New York lebend, hat Träume von Deutschen während der ersten Jahre des Hitlerregimes gesammelt. „Meine Sammlertätigkeit erstreckte sich bis 1939, dem Jahr, in dem ich Deutschland verließ. Übrigens unterschieden sich die Träume aus dem Jahr 1933 nicht sehr von denen aus späteren Jahren. Meine aufschlußreichsten Beispiele stammen aber aus der ersten Zeit des noch leisetretenden Regimes, aus seinem Urzustand... Da über dreihundert Personen erfaßt worden sind, darf man nach den Prinzipien der Meinungsforschung darauf schließen, daß vom Dritten Reich eine große Zahl von Menschen zu ganz ähnlichen Träumen verurteilt worden sind“, sagt sie und bemerkt über die Methode, sie zu deuten: „Heute begrüße ich es, daß ich mein Material erst zu einem Zeitpunkt zusammengestellt und bearbeitet habe, an dem das zeitgeschichtliche Beobachtungsmaterial — Fakten, Berichte, Dokumente — vorlag, wie die sich darauf stützenden wissenschaftlichen Arbeiten und Erkenntnisse, mit deren Hilfe ich versuchen konnte, auf einem neuen Weg, dem der Traumdokumentation, psychologische Reaktionen und typische Verhaltens-

weisen von Individuen, die unmittelbare Wirkung totaler Herrschaft auf den einzelnen Beherrschten, zu zeigen. .. Unsere Träumenden setzen sich nicht mit Konflikten in ihrem privaten Bereich auseinander, schon gar nicht mit denen der Vergangenheit, die ihre Person etwa krank gemacht hätten, sondern mit Konflikten, in die der öffentliche Raum mit seiner durch halbe Kenntnisse und halbe Ahnungen, Fakten und Gerüchte und Vermutungen gestauten Erregung sie getrieben hat.“

Nicht nur, daß wir aus diesen Träumen erraten können, wieviel „halbe Kenntnisse und halbe Ahnungen, Fakten und Gerüchte“ über die Wirklichkeit bereits 1933 im Schwange waren, sie enthüllen auch die Anpassungen, die im Unterbewußtsein vollzogen wurden, so daß die Angepaßten nunmehr selbstverständlich und im Sinne des Regimes agierten. Die Träume haben die Träumenden einstmals gewarnt, aber nun, da das Dritte Reich vergangen ist, legen sie den Mechanismus von Betrug und Selbstbetrug der Deutschen frei.

Schon 1933 ist der Zwang zur Selbstzensur wirksam. In den Träumen wird das Leben wandlos, alles wird mitgehört und mitgesehen, der Ofen, das Sofakissen usw. denunzieren ihre Besitzer; damit man nichts sagen kann, was einem Unannehmlichkeiten machen könnte, sagt man es im Traum in einer Sprache, die man selbst nicht versteht; den notwendigen Widerstand träumt man als von Ausländern geleistet oder er entpuppt sich, hat man ihn selbst getan, beim Erwachen als völlig nichtig und eher beschämend. Die Träume werten auch auf, z. B. „Mischlinge“, die in ihnen endlich anerkannt werden, oder Dunkelhaarige, die doch Freunde finden, die blond und blauäugig sind. Frauen träumen, daß Hitler sie streichelt o. ä., obwohl sie nicht in der Partei sind usw. Das letzte Kapitel ist träumenden Juden gewidmet, die ihr Schicksal in Deutschland oder in der Emigration vorausträumen.

Der letzte im Buch wiedergegebene Traum wurde 1960 nach einem beängstigenden politischen Vortrag von einer jungen Frau geträumt, „die mit der Vergangenheit des Dritten Reiches weder durch Angst noch durch Schuld verbunden“ war. Sie erkennt im Traum die Ausführenden des Regimes nicht und sagt zu sich: „Ich hatte gehofft, ich würde euresgleichen sofort erkennen können, wenn ihr das nächste Mal kommt. Daß ich es nicht konnte, ist meine Schuld.“ Dazu sagt Charlotte Beradt: „Das ist auch die Lehre all der im Dritten Reich geträumten politischen Fabeln, die ja, wie jede Fabel, nicht nur Aufschlüsse enthalten, sondern auch Warnungen ...“

Dies Buch ist eine Warnung, aber auch eine Enthüllung der deutschen Selbsttäuschungen. Ein notwendiges und aufschlußreiches Buch.

Annemarie Fabian

FRANCISCO AYALA:
SPANIEN HEUTE

Luchterhand-Verlag, Neuwied, 1967. 64 S., kart. 5,80 DM.

Diese in der seit kurzem erscheinenden Reihe „Soziologische Essays“ publizierte Studie über Spanien ist eine lohnende Lektüre.

Im Vorwort zur deutschen Ausgabe — der spanische Autor lebt und lehrt in den Vereinigten Staaten — ist ein Bekenntnis zum Deutschland der Weimarer Zeit enthalten. Spanien hat immer nach Deutschland gesehen, seine fortschrittlichen Kräfte auf die Weimarer Republik, seine Totengräber auf das Dritte Reich. Wir werden uns anstrengen müssen, unseren Platz auch in der Zukunft, vor allem bei der spanischen Jugend, zu behaupten.

Aus der Schrift von Ayala wird erkennbar, daß die Kräfte von vorgestern und

gestern am Ende sind. Aus diesem Spanier spricht ein ungebrochener Glaube an das spanische Volk, an seinen Willen, die Zukunft gemeinsam mit dem modernen Europa zu gestalten.

Ayala reizt auch manchmal zum Widerspruch, z. B. wenn er meint, daß die feudalen Kräfte, der Großgrundbesitz und die Kirche ihren beherrschenden Einfluß bereits vor 3er Republik verloren gehabt hätten. Ich glaube, daß Ayala hier zu sehr Städter und Intellektueller ist, zu stark Republikaner und an den Fortschritt glaubend.

Ayala gibt für den, der sich mit der spanischen Geschichte befaßt hat, viele neue Aspekte. Ich bin sicher, daß für jene, die nur wenig von Spanien kennen, vielleicht nur die Sonnenstrände, diese Schrift wertvolle Aufschlüsse über das Spanien von gestern, heute und morgen vermittelt.

Peter Blachstein